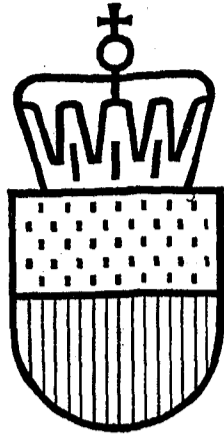


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich sfr 22.—, halbjährlich sfr 11.50, vierteljährlich sfr 6.—, Ausland jährlich sfr 42.—, halbjährlich sfr 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 13 Rp. 30 Rp.
Schweiz 16 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 18 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ - 9490 Vaduz, Mittwoch, 5. April 1967

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

101. Jahrgang - Nr. 50

Bildung: Der schärfere Wind ist spürbar

Eine grundsätzliche Betrachtung zu den liechtensteinischen Ausbildungsproblemen - von Fürstl. Studienrat Otto Seger (I. Teil)

Das neue Schulgesetz, in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit schon mehrfach beraten, hat die Aufmerksamkeit auf die Ausbildungsfragen gelenkt, die heute und in naher Zukunft bestehen. Der Entwurf sieht als wesentliche Neuerungen die Erhöhung der gesetzlichen Schulbesuchspflicht auf neun Jahre, die Errichtung von Spezialklassen im Sinne einer Hilfsschule und den Ausbau der Oberstufe der Volksschule (im Entwurf Oberschule genannt) sowie die Errichtung eines schulpädagogischen Dienstes vor.

Vielleicht wird die Erhöhung des obligatorischen Schulbesuches auf neun Jahre nicht allgemein verstanden. Es wird davon aber nur ein verhältnismässig kleiner Teil unserer Schüler betroffen, besuchen doch bereits rund 75 Prozent eine über das Volksschulpensum hinausführende Schule, ein Prozentsatz, der gesamtweit nicht wesentlich übertroffen werden wird. Deutschland und Oesterreich haben die neunjährige Schulpflicht schon beschlossen, England hat zehn Schuljahre und ist im Uebergang auf das 11. Schuljahr, und Frankreich ist im Begrif-

fe, ein zehntes Pflichtschuljahr einzuführen, ebenso die Sowjetunion. In den USA setzt sich sogar die zwölfjährige Einheitsschule immer mehr durch. Wenn wir nicht zurückbleiben wollen, ist diese Massnahme eigentlich Selbstverständlichkeit.

Es gibt aber auch Probleme, die im Entwurf des Schulgesetzes nicht behandelt sind und einer Diskussion bedürfen.

1. Der Fremdsprachenunterricht

Eines davon ist der Fremdsprachenunterricht. Es ist heute eine allgemeine Erkenntnis, dass die Erlernung fremder Sprachen nicht zu spät beginnen soll. Bei uns wird (mit Ausnahme des Collegiums Marianum) im 7. Schuljahre damit eingesetzt. Nach einer Vereinbarung der euro-

päischen Erziehungsminister sollen sämtliche Schulkinder vom 10. Lebensjahre an eine Fremdsprache erlernen, was in einer Reihe von Staaten längst üblich ist. In der Schweiz gibt es in einer Reihe von Kantonen die Bezirksschulen neben den Sekundarschulen, und in ihnen wird mit dem 6. Schuljahre eine Fremdsprache unterrichtet; sie bauen überhaupt auf fünf Primarschulklassen auf. Für unser Land stellt sich die Frage, ob nicht auch die Realschulen ihre Schüler nach dem 5. Schuljahre aufnehmen können, womit dieses Problem gelöst wäre. Schliesslich treten doch auch die Schülerinnen und Schüler des Institutes St. Elisabeth und der Wirtschaftsschule am Collegium Marianum zu dieser Zeit aus der Volksschule über, und die Realschule Vaduz (damals

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Sport: Was solls?

Zum Sieg Wolfgang Enders am internationalen Frühlingskirennen im Malbun meint das «Liechtensteiner Vaterland» unter anderem: «Eine Sensation. Wohl kaum... Ohne Wertminderung des schönen Sieges... darf doch nicht unberücksichtigt bleiben, dass Stefan Kälin um 2 Sekunden schneller war, jedoch wegen eines Torfehlers disqualifiziert werden musste...» - Zu einem Rennsieg gehört nicht nur eine gute Zeit, sondern auch ein fehlerloses Durchkommen. Beides hebt sich in der Wichtigkeit auf. - Was soll diese bewusst negative Kritik am Siege Enders. Warum wird erwähnt, dass Kälin (zwar disqualifiziert!) aber dennoch (oder deshalb?) schneller war? Warum verschweigt man, dass Tischhauser zwar durchgekommen, aber eben langsamer war? Warum diese Spitzfindigkeiten einem jungen liechtensteinischen Sportler gegenüber, der schon mehr als ein halbes Dutzend mal auf Siegerehren verzichten musste, eben weil er ein Tor verfehlt hatte. Mit Recht wurde davon im «Vaterland» nichts geschrieben, weil ein Torfehler eben ein Fehler ist. Man gewinnt den Eindruck, dass der Autor des «Kleinen Sport-Mosaiks» wirklich ein «kleiner» Geist ist und sicher kein Sportler im Sinne des Wortes. Leider kann man eine gewisse Missgunst des Schreibers gegenüber dem betroffenen Sportler in den zitierten Zeilen nicht ganz übersehen. Schade, denn darin liegt das Unschöne an seiner Betrachtungsweise. (b)

als Landesschule bezeichnet) hat eine Zeitlang ihre Schüler schon aus der 5. Volksschulklasse übernommen.

2. Die Mittelschule

Ein weiteres Problem ist (je nach den Staaten) die Mittelschulausbildung. Man versteht darunter eine Schulform, die zusammen mit der Grundstufe der Volksschule insgesamt zehn Schuljahre erreicht. In Deutschland wurde diese Ausbildung bis vor kurzem mit der sogenannten mittleren Reife abgeschlossen, heute aber als Realschule bezeichnet. Wir haben diesen Typ in der Wirtschaftlichen Mittelschule des Collegiums Marianum, die aber eindeutig

Regierungssitzung

Die Beschlüsse vom 27. März und 3. April

Die Fürstliche Regierung hat in ihren Sitzungen vom 27. März und 3. April 1967 u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

Die Denkmalschutzkommission wurde wie folgt neu gewählt: Regierungschef Dr. Gerard Batliner als Vorsitzender; Dr. Georg Malin, Mauren; Prof. Otto Seger, Vaduz; Felix Marxer, Vaduz; Friedrich Beck, Triesen.

Die Subventionen für die Kartoffelkäferbekämpfung 1966 in den Gemeinden Triesen, Balzers, Eschen, Ruggell und Schellenberg wurden bewilligt.

Der Rechenschaftsbericht der Amtlichen liechtensteinischen Filmzensurstelle für das 2. Halbjahr 1966 wurde genehmigt.

Der Gemeinde Triesenberg wurde eine 30prozentige Subvention für die Anschaffung von Schulmöbeln zugesichert.

Der Jahresbericht und die Jahresrechnung 1966 der liechtensteinischen Kraftwerke wurde mit dem Antrag auf Genehmigung an den Landtag weitergeleitet.

Die Jahresabrechnung 1966 der Arbeitsausgleichskassa Baugewerbe wurde genehmigt und der Budgetbetrag ausbezahlt.

Mit der Durchführung der MKS-Schutzimpfung von Schafen für den Sommerbetrieb wurde das Veterinäramt beauftragt, ohne Gewähr für evtl. durch die MKS auftretende Schäden.

Die Gebührenverordnung betreffend die Angelfischerei im Rhein wird abgeändert.

Der Gemeinde Triesenberg wurde eine 33 1/3 prozentige Subvention für den Neubau der Strasse im Rietle zugesichert.

Der Gemeinde Mauren wird für die Oberflächenbehandlung diverser Strassen eine 40prozentige Subvention gewährt.

Die Kanalisationsarbeiten am Scheibenbüchel-Eichholtobel bei der Schlosstrasse in Triesenberg wurden vergeben.

Ebenso wurden die Korrektionsarbeiten an der Landstrasse Balzers, innerorts, vergeben.

Des weiteren wurde eine Strafe wegen Bauens ohne Baubewilligung verhängt.

Der Neudruck der Landkarten 1:10 000 inkl. Bestandesnachführung wurde beschlossen.



Eine umfassende Steuerharmonisierung bezeichnete Deutschlands Finanzminister und CSU-Politiker Franz Josef Strauss als eine der Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Integration Europas, anlässlich eines Referates, das er am Montag vor Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in Zürich hielt. Wir verweisen auf unseren Beitrag auf Seite 3 der heutigen Ausgabe. - Unser Bild zeigt Dr. Franz Josef Strauss bei seiner Ankunft in Zürich-Kloten, wo er vom deutschen Generalkonsul Dr. Hopmann (rechts) empfangen wurde.

Bundeskanzler Klaus sprach in Feldkirch

Interessanter Diskussionsabend des österr. Regierungschefs mit der OeVP-Jugend

* Anlässlich der ersten grossen Vorarlberger OeVP-Jugenddiskussion Samstag abend in der Volkshalle in Feldkirch weilte der österreichische Bundeskanzler zum Wochenende in Vorarlberg, verbrachte den Samstag am Arlberg (Lech) und den Sonntag im Kleinwalsertal bzw. den Abend in Bregenz (Empfang auf dem Gebhardsberg). Etwa 900 junge Vorarlberger besuchten die Jugend-Grosskundgebung in Feldkirch, wozu sich neben führenden OeVP-Mandataren Vorarlbergs - Landesstatthalter Dr. Ratz, Landesrat Müller, Nationalrat Stöhs, Bundesrat Dr. Pitschmann, eine Reihe Landtagsabgeordneter - auch der österreichische Konsul in Liechtenstein, Dr. Herbert Batliner, eingefunden hatte.

Aussenpolitik: EWG und Südtirol

Zur Frage, ob die Sowjetunion beim kürzlich stattgefundenen Staatsbesuch irgendwelche Repressalien bei einem österreichischen EWG-Arrangement ausgesprochen habe, erklärte Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, dass die russischen Staatsmänner zu seriös seien, um mit solchen Mitteln aufzufahren. Das EWG Arrangement sei eines der wichtigsten Themen innerhalb der weitgespannten Diskussionen gewesen. Dr. Klaus habe in einem Vortrag in der Akademie der Wissenschaften in Moskau den österreichischen Standpunkt vor einem vorwiegend akademischen Publikum präzisiert: Oesterreich wolle keine Mitgliedschaft bei der EWG, keinen Beitritt, nicht einmal eine Assoziation, da diese nach den Römern Verträgen die Vorstufe einer Mitgliedschaft ist. Oesterreich wolle einzig die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum angestammten Nachbarmarkt der heutigen sechs EWG-Staaten. Oesterreich stehe zum Artikel 4 des Staatsvertrages, in dem alle Möglichkeiten eines Anschlusses (zum Beispiel Deutsche Bundesrepublik) absolut ausgeschlossen sind. Oesterreich stehe auch zur erklärten Neutralität. Oesterreich habe vom ersten Verhandlungs-

tage mit der EWG erklärt, dass es den «Neutralitätsvorbehalt» anmelden muss, dass Oesterreich sich die Freiheit vorbehalte, Handels- und Wirtschaftsverträge mit Dritt-Staaten abzuschliessen («Tritmaking-Power»).

Auf die genaue Fragestellung erklärte Dr. Klaus dass die sowjetischen Staatsmänner keinerlei Repressalien für den Fall eines EWG-Arrangements androht haben. Die Standpunkte beider Staaten seien unverändert dargelegt worden. Oesterreich müsse im Osten um Verständnis für die wirtschaftliche Notwendigkeit eines EWG-Arrangements werben, im Westen nicht weniger dafür, dass man für den österreichischen Neutralitätsvorbehalt (den politischen Vorbehalt) Verständnis aufbringt.

Zur Frage Südtirol führte der österreichische Bundeskanzler aus, dass nach der mehrheitlichen Akzeptierung des 120 Punkte umfassenden «Paketes» durch die Südtiroler Volkspartei nun die österreichische Bundesregierung zum Handeln aufgefordert sei. Sie müsse vor allem darum besorgt sein, dass eine «brauchbare Garantie für diese eingeräumten Rechte tatsächlich verwirklicht werde». Eine solche Garantieverankerung sei nun von Universitätsprofessoren für Oesterreich ausgearbeitet worden und bilde nun den Gegenstand der Verhandlungen zwischen dem österreichischen und dem italienischen Aussenminister. Oesterreichs Ziel sei es, so erklärte Dr. Klaus wörtlich, «ein Höchstmass von Autonomie, von Selbstverwaltungsrechten, die wirklich Bestand haben, für die Südtiroler Volksgruppe mit allen Kräften zu erreichen suchen».

Innenpolitik: Staatsfeiertag, Reformen

Eine weitere Anfrage bezog sich auf den neugeführten Nationalfeiertag Oesterreichs am 26. Oktober, dies im Zeichen steigender Sozialleistungen und schrumpfender Gewinne und damit sinkender

Konkurrenzfähigkeit. Kanzler Dr. Klaus erklärte, nicht konkret antworten zu wollen, da hier die Dinge im Fluss sind. Er gab jedoch die Versicherung ab, dass ein zufriedenstellender Weg gesucht werde mit Berücksichtigung dieser Wünsche der Wirtschaft. Wörtlich erklärte der Kanzler: «Uns schwebt vor eine Regelung, die der Schweizer Regelung gleichkommt.»

Weitere Anfragen bezogen sich auf ausgesprochen innenpolitische Probleme wie Verwaltungsvereinfachung, Reform des Mieterschutzgesetzes, Verlegung der Wohnbau-Förderungs-Agenden in die Kompetenz der Bundesländer, Förderung von Bildung und Kultur. Hiezu stellte Bundeskanzler Klaus fest, dass im letzten Jahrzehnt in Oesterreich jährlich 10 grössere höhere Schulen erbaut wurden, also 200 bis 300 Klassen. Der Bedarf für die nächsten zehn Jahre belaufe sich jedoch auf 2000 Klassen allein im höheren Schulwesen, was was Baukosten von zwei Milliarden Schilling entspricht. Allein für 1967 habe der Unterrichtsminister den Neubau von 25 höheren Lehranstalten beantragt.

Universität Innsbruck vor 300-Jahr-Feier

Die Frage nach der Raumnot der 6500 Hörer zählenden Universität Innsbruck beantwortete der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Herbert Kessler dahin, dass Vorarlberg seit zwei Jahren je 250 000 S als Forschungsbeitrag zugewendet hat, die Errichtung des Studentenheimes und die geplante Errichtung der Mensa mit beträchtlichen Landessubventionen fördert. Man möge schon heute in Vorarlberg überlegen, wie man die 300-Jahr-Bestandfeier der Innsbrucker Universität im Jahre 1969 mitgestalten kann.

Bundeskanzler Dr. Klaus wurde von der Vorarlberger OeVP-Jugend beim Betreten und Verlassen des Saales sowie in der überzeugenden Anfragebeantwortung spontan akklamiert.

